

BESCHLUSSVORLAGE V0460/25 öffentlich	Referat	Referat I
	Amt	Organisations- und Personalentwicklung
	Kostenstelle (UA)	020600
	Amtsleiter/in	Greßmann, Stephan
	Telefon	3 05-13 72
	Telefax	3 05-13 79
	E-Mail	oe-pe@ingolstadt.de
Datum	01.07.2025	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungsergebnis
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	17.07.2025	Vorberatung	
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	24.07.2025	Vorberatung	
Stadtrat	29.07.2025	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Konsolidiertes Planstellenverfahren für den Stellenplan 2026
(Referent: Herr Kuch)

Antrag:

Der Stadtrat stimmt zu, dass die im Kurzvortrag vorgeschlagenen 14 Planstellenanträge im Rahmen des vom Stadtrat im Dezember 2024 (V0880/24) beauftragten und im April 2025 beschlossenen neuen stellenplanneutralen Planstellenverfahrens geschaffen werden. Die Schaffung dieser Planstellen führt nicht zur Ausweisung zusätzlicher Planstellen im Stellenplan 2026, da die Mehrbedarfe durch den Einzug von KW-Stellen, disponiblen Stellen, dauerhaft unbesetzten Stellen und die Verwendung von Vorratsstellen kompensiert werden.

gez.

Bernd Kuch
Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input checked="" type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Pflichtaufgabe gem.

Freiwillige Aufgabe

Bürgerbeteiligung:

Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt: ja nein

Kurzvortrag:

Personalvorlage

Nachdem es in den vergangenen beiden Jahren aufgrund der sich verschlechternden Haushaltssituation kein reguläres Planstellenverfahren gab, entwickelte die Organisations- und Personalentwicklung auf Basis des Grundsatzbeschlusses des Stadtrates zur summarischen Stellenplankonsolidierung und zur Deckung zusätzlicher Personalbedarfe (V0880/24) ein neues stellenplanneutrales Verfahren. Dieses kommt für die Aufstellung des Stellenplans 2026 erstmals

zur Anwendung. Es ermöglicht die Deckung der dringlichsten zusätzlichen Personalbedarfe, ohne dass im Stellenplan zusätzliche Planstellen ausgewiesen werden müssen. Das gelingt, da – abgesehen von wenigen Ausnahmetatbeständen – die Zahl neuer Planstellen an die Zahl einzuziehender KW-Stellen, disponibler Stellen, dauerhaft unbesetzter Stellen und verfügbarer Vorratsstellen gekoppelt ist. Das neue Verfahren wurde vom Stadtrat am 10.04.2025 (V0190/25) beschlossen.

Demnach sind die Referate angehalten, zusätzliche Stellenbedarfe vorrangig über referatsinterne Stellenumschichtungen zu realisieren. Sofern dies nicht möglich ist, können Anträge zur Deckung besonders dringlicher Bedarfe im Rahmen des stadtweiten stellenplanneutralen Planstellenverfahrens gestellt werden. Das Verfahren ist Teil der umfangreichen Bemühungen der Stadtverwaltung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung. Der Fokus des neuen Planstellenverfahrens liegt dabei darauf, im Status Quo einen weiteren Anstieg der Personalausgaben, der aufgrund von z.B. Beförderungen, Stufenaufstiegen oder steigenden Sozialabgaben nicht zu vermeiden ist, deutlich einzuschränken. Eine Reduzierung der Personalausgaben wird hingegen über die Instrumente der Wiederbesetzungssperre, der pauschalen Kürzungen und der Aufgabenkritik erreicht. Das Planstellenverfahren steht insofern den Zielen der Haushaltskonsolidierung nicht entgegen.

Um zu ermitteln, wie viele neue Planstellen stellenplanneutral realisiert werden können, hat die OEPE analysiert, welche KW-Stellen, disponiblen Stellen und dauerhaft unbesetzten Stellen zum Stellenplan 2026 eingezogen werden können. Folgendes Ergebnis kann hier festgehalten werden:

- Disponible Stellen: **1,0 VZÄ** (Einzug einer Planstelle für beurlaubte Beamte)
- KW-Stellen: **5,0 VZÄ** (Einzug vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates zur Beschlussvorlage V0269/25)
- Dauerhaft unbesetzte Stellen: **0,5 VZÄ** (Einzug einer seit über 2 Jahren unbesetzten Planstelle im Beteiligungsmanagement)

Zusätzlich werden gemäß Beschlussvorlage V0190/25 **5,0 VZÄ** an **Vorratsstellen** verwendet, die bereits im Stellenplan 2025 ausgewiesen sind.

In Summe ergeben sich für das stellenplanneutrale Verfahren 2026 **11,5 VZÄ** – vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates zur Sitzungsvorlage der KW-Vermerke – die zur Deckung von unabdingbaren Mehrbedarfen verwendet werden.

Priorisierungskriterien konsolidiertes Planstellenverfahren

Die von den Referaten eingegangenen Anträge werden entgegen der bisherigen Praxis nicht mehr in die bekannten 6 Kategorien eingeordnet, sondern anhand eines vorgegebenen Kriterienkatalogs geprüft, bepunktet und anschließend in einer stadtweiten Rangliste verortet. Ziel des Kriterienkatalogs ist es, gesetzliche, wirtschaftliche, kundenorientierte, organisatorische und fachspezifische Aspekte in die Priorisierung der dringlichsten Bedarfe in einem ausgewogenen Verhältnis einfließen zu lassen.

Die eingegangenen Planstellenanträge wurden hinsichtlich der folgenden Kriterien überprüft und bewertet:

Kriterium	Definition
Unterscheidung nach pflichtigen und	Ziel dieses Kriteriums ist es, pflichtige Aufgaben höher als freiwillige Aufgaben zu bewerten. Aufgaben, die lediglich einen

freiwilligen Aufgaben	qualitätssteigernden Charakter haben, werden niedriger als unabdingbare Aufgaben gewertet.
Einnahmen, die <u>direkt</u> durch die Stelle generiert werden	Hier liegt der Fokus auf einer finanziellen Betrachtungsweise, welche die Haushaltskonsolidierung unterstützen soll. Wichtigstes Tatbestandsmerkmal ist, dass die Einnahmen durch direktes Handeln der Stelle generiert werden müssen.
Stelle ist zum Teil finanziell gefördert	Hier steht ebenfalls die betriebswirtschaftliche Perspektive im Vordergrund. Stellen, die zum Teil gefördert sind, erhalten über dieses Kriterium Priorisierungspunkte.
Mehrbedarf nach Art. 68 Abs. 3 GO	Ziel dieses Kriteriums ist es, Stellen für neue Aufgaben oder für Fallzahlensteigerungen infolge von Gesetzesänderungen höher zu priorisieren.
Vorliegen einer systematischen Personalbemessung inkl. Überprüfung und Optimierung der Prozesse	Mit diesem Kriterium wird die qualitative Überprüfung eines Mehrbedarfs und die Bemühungen, zunächst Prozesse zu optimieren, positiv berücksichtigt. Hier erfolgt eine organisatorische Betrachtung.
Verbesserung des unmittelbaren und mittelbaren Bürgerservices	Mit diesem Kriterium wird die Kunden- und Bürgerperspektive berücksichtigt.
Referatsinterne Priorisierung der Stelle	Dieses Kriterium berücksichtigt die fachliche Perspektive des jeweiligen Referates hinsichtlich der Dringlichkeit eines Mehrbedarfs.
Punktabzug bei einem Stellenbesetzungsgrad von weniger als 95 %	Lag der Stellenbesetzungsgrad in einem Amt in den letzten zwei Jahren durchschnittlich unter 95 %, erfolgt ein Abzug von Priorisierungspunkten. Damit soll erreicht werden, dass Mehrbedarfe verstärkt über Stellenumschichtungen realisiert werden.

Die am höchsten priorisierten Stellen sollen abhängig von dem zur Verfügung stehenden, stellenplanneutralen Kontingent geschaffen werden.

Nach Beschluss durch den Stadtrat werden die fünf Bedarfe mit der höchsten Priorisierung über die Vorratsstellen abgedeckt. Da diese bereits im Stellenplan ausgewiesen sind, ist eine sofortige Ausschreibung und Besetzung noch im laufenden Haushaltsjahr, sofern dies erforderlich und zweckdienlich ist, möglich. Die restlichen Stellen können zum neuen Haushaltsjahr 2026 geschaffen werden.

Übersicht über die eingebrachten Planstellenanträge für den Stellenplan 2026

Insgesamt wurden Planstellenanträge im Umfang von 94,5 VZÄ (Vollzeitäquivalente) bei der Organisations- und Personalentwicklung eingereicht. Aufgrund der Fülle der eingereichten Anträge und der aktuell sehr kritischen Haushaltslage hat sich die Verwaltung in der Referentenrunde am 17.03.2025 dafür entschieden, nur die drei vom jeweiligen Referat am höchsten priorisierten Planstellenanträge pro Referat im Rahmen des neuen Verfahrens durch die OEPE zu prüfen und zu bewerten. Letztlich wurden so 22 Planstellenanträge betrachtet.

Schaffung folgender stellenplanneutraler Planstellen der eingereichten Stellenplananträge für den Stellenplan 2026

Die folgenden 14 beantragten Planstellen sollen im Rahmen des neuen konsolidierten Planstellenverfahrens stellenplanneutral geschaffen werden.

Prio	Amt und Sachgebiet	VZÄ	Wertigkeit	KW-Vermerk
1	Liegenschaftsamt; Miet- und Pachtverträge	0,5	EG 10	-
	<p>Tätigkeit: Erstellen von Betriebs- und Heizkostenabrechnungen inkl. Sollstellungen, Bearbeitung von Indexerhöhungen, Mietkautionen Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung, Mehraufwand durch §2b UStG, Aufarbeitung von Rückständen, erhöhte Anzahl an Indexanpassung Folgen bei Ablehnung: Einnahmeausfälle durch Verfristung der Betriebskostenabrechnungen, fehlerhafte Abrechnungen Einnahmen: 80.000 € Betriebskosten, Umsatzpachten Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ</p>			
2	Amt für Soziales; Betreuungsstelle	1,0	EG 8	-
	<p>Tätigkeit: Sachbearbeitung Unterkunftsverwaltung und Unterbringung für Obdachlose Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung Folgen bei Ablehnung: fehlende Gebühreneinnahmen, keine Unterbringung von obdachlosen Personen Einnahmen: 410.000 € Gebühreneinnahmen Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ</p>			
3	Kämmerei; Sachbearbeitung Hundesteuer	0,5	EG 6	-
	<p>Tätigkeit: Sachbearbeitung Hundesteuer und Widerspruchssachbearbeitung Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung Folgen bei Ablehnung: längere Bearbeitungszeiten, fehlende Steuern Einnahmen: 300.000 € Steuern Antrag Fachamt: 0,5 VZÄ Besonderheit: Bedarf aus der OU 20/22. Bedarf wurde zunächst über eine Zuweisung gedeckt, eine dauerhafte Planstelle soll im Rahmen des konsolidierten Planstellenverfahrens beantragt werden. Personal ist im Umfang von ca. 10 Stunden bereits vorhanden. Die Zuweisung läuft im November 2025 aus.</p>			
4	Amt für Ordnung, Gewerbe und Verbraucherschutz; Sicherheit und Ordnung	0,5	EG 6	-
	<p>Tätigkeit: Verwaltungstätigkeiten Lebensmittelüberwachung, Verbuchung von Gebühreneinnahmen Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung Folgen bei Ablehnung: fehlende Gebühreneinnahmen bei der Lebensmittelüberwachung Einnahmen: 45.000 € Steuern Antrag Fachamt: 0,5 VZÄ</p>			

5	Amt für Verkehrsmanagement; Verkehrsaufsicht	1,0	EG 7	-
	<p>Tätigkeit: Bearbeitung von Anträgen zu verkehrsrechtlichen Anordnungen Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung, neue rechtliche Regelungen (RSA 21 Richtlinie) erhöht den Arbeitsaufwand Folgen bei Ablehnung: Mehrung illegaler Baustellen, Nichteinhaltung gesetzlicher Vorgaben, fehlende Gebühreneinnahmen Einnahmen: 137.500 € Gebühreneinnahmen Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ</p>			
6	Städtische Museen; Museum für Konkrete Kunst	1,0	EG 10	-
	<p>Tätigkeit: Management Vermietungen, Organisation Großveranstaltungen, Sponsoring und Fundraising, Organisation des Museumsshops Begründung OEPE: Neuer Bedarf zur Eröffnung des neuen Museums, Stellenumfang nachvollziehbar, Bedarf ebenfalls im Businessplan nachgewiesen Folgen bei Ablehnung: keine Vermietungen im MKKD möglich, fehlende Einnahmen für die Stadt Ingolstadt Einnahmen: offen – Einnahmen aus Vermietungen Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ</p>			
7	Stadtplanungsamt; Denkmalschutz, Städtebau- und Wohnungsbauförderung	1,0	EG 9c	-
	<p>Tätigkeit: Sachbearbeitung Förderung von Eigenwohnraum Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung Folgen bei Ablehnung: Zahlungsfähigkeit der Antragsteller in Gefahr, Haushaltsmittel zur Eigenwohnraumförderungen vom Freistaat stehen nicht mehr zur Verfügung Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ</p>			
8	Amt für Soziales, Betreuungsstelle	1,0	S 12	-
	<p>Tätigkeit: Sozialpädagogische Unterstützung und Beratung von Obdachlosen Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung Folgen bei Ablehnung: Unzureichende Bearbeitung von Präventionsfällen, Verbleib obdachloser Personen in den Notunterkünften dadurch weitere Anmietung von Notunterkünften notwendig Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ</p>			
9	Amt für Gebäudemanagement; Techn. Gebäudebetrieb	1,0	EG 9b	-
	<p>Tätigkeit: Organisation der Inspektion von Wartungen und Prüfungen der techn. Anlagen Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung Folgen bei Ablehnung: Gesetzlich verpflichtende Wartungen und Prüfungen können nicht durchgeführt werden und gefährden die Sicherheit der städt. Gebäude Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ</p>			

10	Direktorium; Informationssicherheitsbeauftragte/r	0,5	EG 7	-
	<p>Tätigkeit: Organisation von Tätigkeiten der Informationssicherheitsbeauftragten, Durchführung von Projekten mit den Informationssicherheitsbeauftragten Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung Folgen bei Ablehnung: Verlängerung von Projektlaufzeiten, Steigendes Risiko der Abschaltung/Einschränkung verfügbarer Dienste von übergeordneten Stellen, keine Verrechnung von ISB-Dienstleistungen möglich Einnahmen: 3.600 € Weiterverrechnung von ISB-Dienstleistungen Antrag Fachamt: 0,5 VZÄ</p>			
11	Amt für Gebäudemanagement; Gebäude- und Hausmeisterdienste	1,0	EG 5	-
	<p>Tätigkeit: Schulhausmeister Mittelschule Süd-Ost Begründung OEPE: Bedarf durch den Neubau der Mittelschule Süd-Ost auch bei den Schulhausmeistern nachgewiesen Folgen bei Ablehnung: kein sicherer Schul- und Gebäudebetrieb in der Mittelschule Süd-Ost möglich Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ</p>			
12	Städtische Museen; Museum für Konkrete Kunst	1,0	EG 6	-
	<p>Tätigkeit: Hausmeister und techn. Mitarbeiter am Museum für Konkrete Kunst Begründung OEPE: Bedarf durch den Neubau des MKKD auch bei den Hausmeistern für die Museen nachgewiesen, Bedarf ebenfalls im Businessplan nachgewiesen Folgen bei Ablehnung: kein sicherer Gebäudebetrieb im MKKD Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 1,5 VZÄ</p>			
13	Umweltamt; Amtsleitung	1,0	EG 9b	-
	<p>Tätigkeit: Öffentlichkeitsarbeit und allgemeine fachübergreifende Bürgerberatung Begründung OEPE: Bedarf durch die Personalbemessung im Umweltamt nachgewiesen Folgen bei Ablehnung: Querschnittsaufgaben behindern Sachbearbeitungen in ihren Fachthemen, weshalb Bürger/Unternehmen auf Genehmigungen und Auskünfte warten müssen Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ</p>			
14	Amt für Ausländerwesen und Migration; Amtsleitung	0,5	EG 7	-
	<p>Tätigkeit: Geschäftszimmertätigkeiten im Amt für Ausländerwesen und Migration Begründung OEPE: Bedarf durch die Personalbemessung im Amt für Ausländerwesen und Migration nachgewiesen, Fallzahlen seitdem auf gleichem Niveau Folgen bei Ablehnung: Aufgabenerfüllung im Pflichtbereich ist nicht gewährleistet Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 0,5 VZÄ</p>			

		11,5		
--	--	------	--	--

Ablehnung der eingereichten Stellenplananträge für den Stellenplan 2026

Folgende 8 (von 22) Anträge fallen aufgrund ihrer Priorisierungsziffer aus dem stellenplanneutralen Planstellenverfahren für den Stellenplan 2026 heraus:

Prio	Amt und Sachgebiet	VZÄ	Wertigkeit	KW-Vermerk
15	Umweltamt; Naturschutz	1,0	EG 10	-
	Tätigkeit: Sachbearbeitung Bibermanagement und Baumschutzverordnung Begründung OEPE: Bedarf durch die Personalbemessung im Umweltamt nachgewiesen Folgen bei Ablehnung: Unkontrollierte Eingriffe in Natur-, Baum- und Artenbestand Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ			
16	Amt für Ordnung, Gewerbe und Verbraucherschutz; Veterinärwesen	0,5	EG 10	-
	Tätigkeit: Rechtsvollzug Tierschutz, Tiergesundheitsrecht, Tierische Nebenprodukte, Lebensmittelrecht, Arzneirecht und Gebührenkalkulation Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung, Neuordnung des Tierseuchenrechts durch Einführung Animal-Health-Law führt zu höheren Standards bei der Bearbeitung Folgen bei Ablehnung: Vollzugsdefizit, Regressansprüche auf Stadt möglich Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 0,5 VZÄ			
17	Städtische Museen; Museum für Konkrete Kunst	0,5	EG 7	-
	Tätigkeit: Organisation der Führungs- und Programmanfragen, Vertrags- und Rechnungsbearbeitung, Unterstützung Geschäftszimmer Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung, Bedarf ebenfalls im Businessplan nachgewiesen Folgen bei Ablehnung: Kundenunzufriedenheit, Imageschaden Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ			
18	Amt für zentrale Finanzbuchhaltung; Sonstige Finanzbuchhaltung	1,0	EG 8	31.12.2026
	Tätigkeit: Rückstandssachbearbeitung, Erfassung und Bewertung des beweglichen Anlagevermögens, Organisation und Durchführung von Inventuren Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung Folgen bei Ablehnung: Bestandsverzeichnis ist eine Grundlage für die Ermittlung von Gebührenerhöhungen und steuerliche Betrachtung. Bei fehlenden/falschen Verzeichnissen ggf. falsche Gebührenkalkulationen bzw. Steuererklärungen			

	Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ Besonderheit: KW-Vermerk bis 31.12.2026, Personalbedarf für Anlagenbuchhaltung wurde in der OU 20/22 ermittelt, Rückstandssachbearbeitung sollte bis 31.12.2026 abgeschlossen sein			
19	Amt für Soziales, Betreuungsstelle	1,0	EG 6	-
	Tätigkeit: Hausmeistertätigkeiten an den Obdachlosenunterkünften Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung Folgen bei Ablehnung: kein sicherer Gebäudebetrieb möglich Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 1,0 VZÄ			
20	Amt für Verkehrsmanagement; Mobilitäts- und Verkehrsplanung	0,5	EG 11	
	Tätigkeit: Mobilitätsplaner, Aufbau eines erweiterten Datenpools für die Bearbeitung von zukunftsgerichteten Mobilitäts- und Verkehrsplanungsthemen Begründung OEPE: Erweiterung des Aufgabenbereichs Verkehrs- und Mobilitätsplanung Folgen bei Ablehnung: Datenpotential bleibt ungenutzt Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 0,5 VZÄ			
21	Tiefbauamt Großprojekte und Sonderaufgaben	0,5	EG 10	-
	Tätigkeit: Haushaltsplanung und -sachbearbeitung für das Tiefbauamt Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung, Veränderung der Qualitätsstandards v.a. im Hinblick auf aktuelle Haushaltslage Folgen bei Ablehnung: Vorhandenes Personal kann die Themen nicht mehr vollständig bearbeiten, Einbußen bei der Haushaltsaufstellung Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 0,5 VZÄ			
22	Referat VIII, Büro der Referatsleitung	0,5	EG 8	-
	Tätigkeit: Geschäftszimmertätigkeiten Begründung OEPE: Fallzahlensteigerung seit letzter Stellenschaffung Folgen bei Ablehnung: Unzureichende Bearbeitung der Geschäftszimmertätigkeiten Einnahmen: 0 € Antrag Fachamt: 0,5 VZÄ			
		5,5		

Die vollständige Priorisierungsmatrix mit den jeweils vergebenen Priorisierungspunkten ist dem Dokument im Anhang dieser Beschlussvorlage zu entnehmen.



Anlage_1.pdf